

**8. Interpellation von Klemenz Somm und Toni Kappeler vom 5. Dezember 2012
"Zwischenbericht 'Konzept zur verstärkten Förderung erneuerbarer Energie
und der Energieeffizienz' per Ende 2011" (12/IN 6/69)**

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellanten haben das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Somm, CVP/GLP: Die Energiepolitik stellt eine grosse Herausforderung dar. Sie erfordert grosse Anstrengungen seitens der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Bevölkerung und natürlich auch von der Politik. Im Kanton Thurgau hat man sich der Thematik bereits früh angenommen. Ein Zeichen dafür ist das seit 2008 bestehende "Konzept zur verstärkten Förderung erneuerbarer Energie und der Energieeffizienz". Seither haben wir, zusammen mit dem Bund, zwischen 80 Millionen und 100 Millionen Franken Fördergelder investiert, welche wiederum ungefähr 1 Milliarde Franken Investitionen in unserem Kanton nach sich gezogen haben. Es ist an der Zeit, sich neben die täglich begangenen Schienen zu stellen und einen Blick auf das bereits Erreichte und auf die noch zu erreichenden Dinge zu werfen. Es sollten jetzt nächste Etappenziele formuliert und definiert werden, denn im stand-by-Modus ist die Energiewende nicht zu schaffen. Deshalb **beantrage** ich Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Diskussion

Somm, CVP/GLP: Es liegt mir fern, einzelne Massnahmen zu kommentieren oder gar verschiedene Techniken gegeneinander auszuspielen. Diese Interpellation möchte den Zielerreichungsgrad unserer energiepolitischen Anstrengungen in Erfahrung bringen und daraus ableiten, ob es zusätzliche Anstrengungen, Mittel oder Investitionen braucht, um auf einem guten Kurs zu bleiben oder auf einen guten Kurs zu gelangen. Unsere Fragen wurden vom Regierungsrat nur zaghaft, ungenügend, ausweichend oder gar nicht beantwortet. Auf die Frage, wer Adressat des erstellten Zwischenberichtes sei, erhielten wir eine Antwort auf die Frage, wer den Zwischenbericht erstellt hatte. Später im Text heisst es, dass der Zwischenbericht den interessierten Kreisen zugestellt worden sei. Die Interpellanten haben diesen Zwischenbericht nie erhalten und auch in der Beantwortung der Interpellation fehlte er. Als ich telefonisch beim Amt für Energie um die Zustellung des Berichtes gebeten habe, herrschte Aufregung und Ratlosigkeit darüber, wer Zugriff auf diesen Bericht und die verschiedenen Versionen davon haben dürfe. Solche Dinge ma-

chen mir zu schaffen. Es bleibt die Frage, was genau dieses Versteckspiel soll und weshalb der Regierungsrat und das Parlament sich nicht gemeinsam für eine bald eintretende Energiewende stark machen. Der Zwischenbericht sagt aus, dass mindestens drei der fünf übergeordneten Ziele der Thurgauer Energiepolitik im Jahr 2015 nicht erreicht sein werden. Der Gebäudepark benötigt noch immer viel zu viel Energie. Ein Einfamilienhaus mit Baujahr 2013 dürfte in der Bilanz eigentlich überhaupt keine Energie mehr verbrauchen. Zwar wurden Schritte in die korrekte Richtung getätigt, doch meines Erachtens geht es in dieser Hinsicht viel zu langsam voran. Der Stromverbrauch ist zu hoch und die Sparanreize sind zu tief, zum Teil sogar inexistent. In diesen Belangen ist ein Mentalitätswechsel an den Spitzen nötig, beispielsweise an jener des EKT. Die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie wäre ein schöner Anfang. Im Bereich Verkehr werden wir die Ziele ganz klar verfehlen, was sehr bedauerlich ist. Eine intelligente Verkehrspolitik birgt nämlich nicht nur ein grosses Energiesparpotenzial, sondern auch noch die Möglichkeit, die Infrastrukturkosten tief zu halten, schädliche Emissionen zu reduzieren, landschaftliche Ressourcen zu schonen und gleichzeitig die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern, was wiederum die Kosten im Gesundheitswesen senken würde. Wir sprechen hier von fünf Fliegen auf einen Streich. Aber es nützt nichts, davon zu wissen und darüber zu sprechen. Wir sollten uns an die Umsetzung machen, und zwar ohne auf den Bund und seine Strategie zu warten. Wir sollten unsere kantonale Energiepolitik konsequent und in verstärktem Masse fortsetzen. Es ist hinlänglich bekannt, welche Handlungsfelder in die Kompetenz der Kantone fallen. Die laufenden Modifizierungen der bundesweiten Energiepolitik lassen sich problemlos parallel wahrnehmen. Ich bitte den Regierungsrat und den Grossen Rat darum, auf dem eingeschlagenen Weg mit noch grösserem Elan voran zu gehen und noch mehr für die Energiewende aufzuwenden. Ich bitte den Regierungsrat um die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, welche für das Jahr 2020 ambitionöse und mit Vorteil auch messbare Ziele festlegt sowie einen Massnahmenplan definiert, der aufzeigt, wie diese Ziele zu erreichen sind. Mensch, Umwelt und Wirtschaft unseres Kantons werden langfristig und in hohem Masse von einer innovativen Energiepolitik profitieren. Künftige Generationen werden uns daran messen, wie nachhaltig wir die Energieversorgung heute organisieren. Ich fühle mich diesen künftigen Generationen und nicht den konservativen Quartalsdenkern verpflichtet, die sich als Sprachrohr der Wirtschaft aufspielen.

Kappeler, GP: Zusammen mit dem Kanton Basel Stadt führen wir die schweizerische Liste der erfolgreichen Förderprogramme an. Aufgrund unseres Förderprogrammes werden jährlich rund 180 Millionen Franken investiert. Es darf also gesagt werden, dass viele Dinge in unserer Energiepolitik gut oder sogar sehr gut laufen. Dies darf als Resultat einer offenen, partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Regierungsrat, Grosse Rat und Verwaltung betrachtet werden. Darüber freue ich mich und ich danke dafür. Bitte gestatten Sie mir dennoch Kritik an der Antwort des Regierungsrates auf unsere Interpella-

tion. Ich vermisse darin die bereits erwähnte Offenheit und den Teamgeist zwischen Regierungsrat und Grosse Rat, welcher als Schlüssel unserer erfolgreichen Energiepolitik fungiert. Deutlich wird die fehlende Transparenz bereits zu Beginn, nämlich bei der Antwort auf die Frage 1: Es sei eine externe Firma mit der Aufgabe, die Grundlagen für den Zwischenbericht zu erarbeiten, betraut worden. Die Abteilung Energie habe, basierend auf diesen Ergebnissen, den Zwischenbericht verfasst, der im Anschluss den Mitgliedern der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) zugestellt wurde. Die Antwort auf unsere Frage nach der Begründung für den Umstand, dass die Mitglieder des Grossen Rates lediglich auf Anfrage und nur ungern eine fünfseitige Zusammenfassung des Zwischenberichts erhalten haben, bleibt unbeantwortet. Weshalb wird die Arbeit der externen Firma unter Verschluss gehalten? Der Grosse Rat hatte auf Antrag von Kantonsrat Josef Gemperle beschlossen, einen Bericht über die "Verstärkte Förderung erneuerbarer Energie und der Energieeffizienz" ausarbeiten zu lassen. Auf der ersten Seite dieses Berichtes ist zu lesen, dass das erarbeitete Konzept quantifizierbare Ziele für das Jahr 2015 als erste Umsetzungsetappe formuliere. Wer ist der Adressat für die erarbeiteten Grundlagen und den Zwischenbericht, wenn nicht der auftraggebende Grosse Rat? In der Antwort auf die vierte Frage der Interpellanten zeigt der Regierungsrat auf, was in den einzelnen Bereichen getan wurde und aktuell getan wird. Viele Punkte lassen sich dem Geschäftsbericht entnehmen. Unsere Frage war allerdings eine andere: Wo stehen wir in Bezug auf die Ziele von 2015? Sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um unsere Ziele zu verwirklichen? Es ging uns um den Zielerreichungsgrad bei den einzelnen Massnahmen, wo sich die Kurzfassung des Zwischenberichtes mit der Bemerkung "in Arbeit" begnügt. Von überragender Bedeutung ist die Frage 6: Wie geht es mit unserer Energiepolitik nach 2015 weiter? Wird für 2020 ein nächstes Zwischenziel formuliert? Hierüber gibt der Regierungsrat nur ausweichend Antwort, gemäss welcher eine Anpassung des Konzeptes erst erfolgen soll, wenn die Energiestrategie 2050 des Bundes definitiv festgelegt sei. Aufgrund der Tatsache, dass wir mit dem "Konzept zur verstärkten Förderung erneuerbarer Energie und Energieeffizienz" unsere Politik mitsamt allfälligen Massnahmen festgelegt haben, sind wir in dieser Angelegenheit Vorreiter. Hinzu kommt, dass mit dem "Konzept für einen Thurgauer Strommix ohne Atom" demnächst ein Papier vorliegen wird, das unsere Strategie mit ganz konkreten Massnahmen ergänzt. Zu erwähnen sind beispielsweise die Vorschriften zu elektrischen Widerstandsheizungen, der Ausbau der Biomasse-Nutzung, die Förderung der Geothermie und der Windkraft oder das Basisangebot der Elektrizitätsversorgungsunternehmen aus den erneuerbaren Energien. Unsere Planungsgrundlagen sind sehr gut. Es gibt keinen Grund, auf den Bund zu warten. Über künftige Kosten müssen wir uns Gedanken machen. Dabei soll berücksichtigt werden, dass mit einer konsequenten Förderung der Effizienz und der erneuerbaren Energien eine regionale Wertschöpfung in Milliardenhöhe generiert werden kann. Daraus würden Aufträge, Löhne im Thurgau und somit Steuereinnahmen resultieren, sowie auch ein massiv geringerer Geldmittelabfluss in Erdöl und Erdgas exportierende Staaten.

Noch im laufenden Jahr wird das "Konzept für einen Thurgauer Strommix ohne Atom" vorgestellt. Die regionale Wertschöpfung wird bei über 1,1 Milliarden Franken liegen. Es ist unbedingt nötig, für das Jahr 2020 weitere energiepolitische Zwischenziele zu formulieren.

Beerli, EDU/EVP: Auch uns befremdet die Informationspolitik der Verwaltung. Es entspricht keiner proaktiven Informationspolitik, irgendwie zu vermerken, dass man den Zwischenbericht irgendwo anfordern könnte. Aber wir danken dem Regierungsrat und der Verwaltung für all das, was in den vergangenen Jahren in die Wege geleitet, angeschoben und unterstützt worden ist. Es sind in vielen Teilbereichen Weichen gestellt und wichtige Schritte getan worden. Es ist jedoch offensichtlich, dass noch wesentlich mehr getan werden sollte. Zudem könnte energischer, rascher und konsequenter gehandelt werden. Wir erkennen die Problematik der beschränkten Kapazitäten, insbesondere jene der personellen Ressourcen des Departement für Inneres und Volkswirtschaft beziehungsweise der Abteilung für Energie. Auch sehen wir ein, dass der Grosse Rat nicht einerseits quer durch alle Departemente und Ämter Sparmassnahmen erzwingen und andererseits von einer bestimmten Abteilung Leistungen erwarten kann, welche ihre Möglichkeiten völlig sprengen. Es handelt sich um eine Frage der Schwerpunkte und Prioritäten. Wir erachten die Angelegenheit der Energiewende grundsätzlich als wichtig und dringend. Wir erwarten deshalb eine gewisse Priorisierung der damit beschäftigten Abteilungen und Ämter bei der Ressourcenzuteilung. Spielt der Thurgau noch immer in der energiepolitischen Champions-League? Im Sport braucht es eine hohe Motivation, einen grossen Einsatz, Beharrlichkeit und viel Training, um auch in der nächsten Saison in der Champions-League antreten zu können. Genau dies braucht es auch für die Energiewende. Bleiben wir am Ball.

Paul Koch, SVP: Im Bereich Förderung von erneuerbarer Energie und Energieeffizienz ist der Kanton Thurgau ein Vorbild für die übrigen Kantone in der Schweiz. Bestimmt auch aus diesem Grund wurden die Ziele des Energiekonzeptes vom 6. März 2007 hoch gesteckt und deren bestmögliches Erreichen verlangte von allen Beteiligten einen hohen Einsatz. Ziele erfüllen ihren Zweck nur dann, wenn sie periodisch überprüft werden. Deshalb war es weise, einen Zwischenbericht zu erstellen und die Bilanz der erreichten Ziele und der nicht erreichten Vorsätze aufzuzeigen. Aber die Mitglieder des Grossen Rates erhielten diesen Zwischenbericht nicht. Sie mussten sich mit den beiden Seiten 50 und 51 im Geschäftsbericht begnügen. Dies, obwohl es sich beim Zwischenbericht lediglich um fünf A4-Seiten inklusive Anhang handelt. Der Versand des Berichtes zwecks einer Würdigung des Erreichten wäre im Budget 2012 verkraftbar gewesen. Mit der Beantwortung der Interpellation hat der Regierungsrat den Zwischenbericht aufgewertet und erklärt, was beim Umsetzungsstand der einzelnen Massnahmen der häufig verwendete Begriff "in Arbeit" bedeuten könnte. Die SVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für

die ausführliche Beantwortung. Auf das Erreichte dürfen wir zusammen mit dem Regierungsrat stolz sein und wir danken den zahlreichen Akteuren, die sich mit Elan und Fachwissen vor allem für die Nutzung erneuerbarer Energien und die Produktion des erneuerbaren Stroms einsetzen. Der Zwischenbericht macht aber auch deutlich, dass der Kanton Thurgau weiterhin aktiv bleiben muss und wir trotz des Spardrucks Anreize für die Förderung erneuerbarer Energien sowie besonders auch für das Senken des Energieverbrauches schaffen sollten. So könnten beispielsweise Teilsanierungen alter Gebäude wieder vermehrt gefördert werden. Wünschenswert wäre in dieser Hinsicht, der Stadt Zürich nachzueifern, die als Bauherrin möglichst wenig Energie verbraucht. Der Regierungsrat, das Hochbauamt und die Gebäudeversicherung sollten sich mit dem konsequenten Verwenden des energiefreundlichen und nachhaltigen Baustoffes Holz auseinandersetzen. Der Kanton Thurgau verbraucht nämlich noch zu viel graue Energie und hat deshalb aktuell im nationalen Vergleich höchstens eine "graue 2" auf dem Rücken.

Gemperle, CVP/GLP: Der Kanton Thurgau hat eine vorbildliche Energiepolitik etablieren können. Unser Förderprogramm ist wegweisend für die ganze Schweiz. In keiner Weise haben wir dieses umfangreiche Förderprogramm einem Zufall zu verdanken. Wir haben es mit demokratischen Mitteln erkämpft und in der Verfassung des Kantons abgesichert. Der Grosse Rat hat die Inhalte des Programms in diversen Debatten mit glasklaren Entscheidungen bestätigt. Dieses Parlament hat den Regierungsrat zu unserer aktuellen Energiepolitik verpflichtet. Die CVP/GLP-Fraktion sieht deshalb nicht ein, weshalb Berichte, welche die Wirkung dieses Förderprogrammes analysieren, den Mitgliedern des Grossen Rates vorenthalten werden. Wir fordern die Berücksichtigung dreier Punkte: 1. Die CVP/GLP-Fraktion will, dass klare Ziele gesetzt werden. Wir fordern mehr Energieeffizienz sowie den Umstieg auf erneuerbare Energien, was einen mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie und einen langfristigen Ausstieg aus fossilen Energien nach sich zieht. 2. Dazu benötigt man klare Strategien, die aufgrund guter und solider Abklärungen erarbeitet werden müssen. In verschiedenen Bereichen hat der Grosse Rat solch fundierte Abklärungen in Auftrag gegeben; zum Teil liegen sie vor, zum Teil sind sie noch in Arbeit. Dort, wo die Strategien bereits in der Umsetzungsphase angelangt sind, muss gemäss dem dezidierten Willen unserer Fraktion mit Herzblut und Disziplin an der Umsetzung gearbeitet werden. Die Sparpolitik des Regierungsrates darf auf keinen Fall die wichtigen Ziele im Bereich einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Energiepolitik in Frage stellen. Das wäre nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern für die ganze Gesellschaft fatal. 3. Wir müssen immer wieder überprüfen, ob mit den eingeleiteten Massnahmen die anvisierten Ziele zu erreichen sind. Dies darf aber nicht dazu führen, dass man einerseits aus Angst vor der Wirkung einer Massnahme gar keine Schritte mehr auszuführen wagt oder andererseits die gesamten Ressourcen der Abteilung Energie nur noch auf Überprüfungen und Berichterstattungen fokussiert werden. Die CVP/GLP-

Fraktion vermisst derzeit beim Regierungsrat das "feu sacré". Offenbar wirken sich die Sparanstrengungen lähmend auf die Vorwärtsstrategie bei der Energiepolitik aus. Die Herausforderungen sind sehr gross und dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es bedarf mutiger und kluger Schritte. Unsere Fraktion ist gerne bereit, den Regierungsrat bei der Umsetzung der neuen Ziele tatkräftig zu unterstützen. Das erfolgreiche Förderprogramm ist konsequent und ohne Abstriche genau so weiterzuführen, wie es das Volk in seinem klaren Entscheid vor zwei Jahren bestimmt hat.

Dransfeld, SP: Ich vertrete die Auffassung der SP-Fraktion und, so hoffe ich, gleichzeitig auch jene der Ratsmehrheit, die vor einigen Jahren ein mutiges Zeichen für eine wegweisende und innovative Thurgauer Energiepolitik gesetzt hat. Der Schlüssel für diese Politik war das Energiekonzept, das im Jahr 2007 vorgelegt wurde. Die Frage nach unserem heutigen Standpunkt ist sinnvoll. Der von uns eingeschlagene Weg ist gewiss kein Spaziergang, sondern eher mit einer anspruchsvollen Bergtour vergleichbar, für die man einen wachen Blick, Mut und Durchhaltewillen benötigt. Der Nutzen grosser Mengen an Papier vermochte mich noch selten zu überzeugen. So glaube ich auch nicht, dass wir uns einen viel umfangreicheren Zwischenbericht zum Energiekonzept wünschen müssten. Nicht die Anzahl Seiten dieses Zwischenberichtes muss uns Sorge bereiten, sondern, nebst der zögerlichen Offenlegung, viel mehr der Eindruck, dass es sich dabei um eine lästige Pflichtübung handelte. Wir vermissen Kernaussagen darüber, was gelungen ist und was nicht erreicht wurde sowie darüber, was zu tun oder lassen ist, damit unser Kanton seine Führungsrolle in Energiefragen beibehalten kann. Wir vermissen das innere Feuer. Die Ausgangslage ist erfreulich: Eine weitsichtige Allianz von Vertretern aller politischer Lager hat sich schon vor zehn Jahren zum Ziel gesetzt, den Thurgau für ein 21. Jahrhundert im Zeichen der Energieeffizienz und der Nachhaltigkeit fit zu machen. Die breite, politische Abstützung dieser Erkenntnis ist ein pragmatischer Thurgauer Trumpf. In unserem Kanton stationierte Firmen stellen energieeffiziente Eisenbahnzüge, Wärmepumpen, Holzenergie- und Biogasanlagen her. Die Bauwirtschaft erstellt Häuser, die mehr Energie produzieren, als sie verbrauchen. Diese breite Basis hat es möglich gemacht, dass unser Kanton im Energiewesen Beachtliches erreicht hat, so dass wir in wesentlichen Bereichen sogar eine Spitzenposition einnehmen. Es gilt auch für die Zukunft, keineswegs mit vollen Fördertöpfen planwirtschaftliche Strukturen zu schaffen, wie sie ein halbes Jahrhundert lang für den Aufbau der Atomindustrie zur Anwendung kamen. Vielmehr muss es das Ziel sein, für unsere innovative Wirtschaft ein optimales Umfeld zu gestalten, damit die Energiewende für unseren Kanton aus eigener Kraft herbeigeführt werden kann. Kleine Atomkraftwerke in vielen Thurgauer Gemeinden sind schwer vorstellbar, eine beachtliche Zahl an Holzenergie-, Solar-, Wind- oder Biogasanlagen ist hingegen bereits Realität, genauso wie eine deutliche Senkung des Energieverbrauchs. Dank unseren ländlichen Strukturen können wir eine nachhaltige Energiewirtschaft schneller umsetzen als die grossen Zentren. So hat es das ländliche Vorarl-

berg als westlichstes Bundesland in Österreich verstanden, fernab der Hauptstadt Wien eine mutige und innovative Energiewirtschaft umzusetzen, die internationale Beachtung findet. Obschon wir auf das Erreichte stolz sein dürfen, können wir uns nun nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Wir benötigen keinen umfangreichen Zwischenbericht, sondern eine Standortbestimmung mit Fleisch am Knochen. Es ist zu akzeptieren, dass einzelne Werte schwer zu eruieren sind, wie beispielsweise der Ölverbrauch oder der Verbrauch fossiler Brennstoffe. Es mag auch sein, dass gewisse Ziele angesichts eines grossen Bevölkerungswachstums nicht erreicht werden konnten. Umso mehr würden wir eine Gesamtwürdigung begrüssen, die sich nicht scheut, gesteckte Ziele in Frage zu stellen und aufgrund der jüngsten Entwicklungen neue Ziele zu formulieren wagt. Wir benötigen eine neue Auslegeordnung, die uns Thurgauerinnen und Thurgauern, Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Wirtschaft, Politik und Verwaltung aufzeigt, wie mit einem Minimum an gut gesetzten Leitplanken zu erreichen ist, dass der Thurgau in wenigen Jahren nicht nur zu den fortschrittlicheren Schweizer Kantonen gehören, sondern den unbestrittenen Spitzenplatz in der Energieeffizienz einnehmen wird und der Schweiz vormachen kann, wie man sich für die Zukunft rüstet.

Pretali, FDP: Im Zwischenbericht vom 27. September 2012, den ich unverzüglich zugestellt erhielt, informiert die Abteilung Energie über den Umsetzungsstand des "Konzeptes zur verstärkten Förderung erneuerbarer Energie und der Energieeffizienz" per Ende 2011. Der Bericht gibt kurz und übersichtlich Auskunft über Massnahmen und Zielerreichung. Mit der tabellarischen Auflistung von Kommentaren und Erläuterungen ging man etwas sparsam um, und so lässt der Bericht auch Spielraum für Fragen zu. Ob zu deren Klärung die Einreichung einer Interpellation das effizienteste Mittel war, sei dahingestellt. In seiner Antwort wehrt sich der Regierungsrat gegen die Vorwürfe mangelnder Kommunikation sowie der schlechten Zugänglichkeit von wichtigen Informationen und verweist auf den jährlichen Geschäftsbericht, wo einzeln und nachlesbar über realisierte Massnahmen aus dem Konzept Rechenschaft abgelegt wurde. Die Antwort des Regierungsrates ist ausführlich und beantwortet die Fragen ein weiteres Mal sachlich und nachvollziehbar. Natürlich kommt auch zum Ausdruck, dass die Abteilung Energie mit wenig eigenen Ressourcen arbeitet und aus diesem Grund bei Bedarf externe Firmen beizieht, beispielsweise für die Erstellung der Grundlagen des diskutierten Zwischenberichtes. Betreffend Anpassung des Förderungskonzeptes für die Zukunft verweist der Regierungsrat auf die Energiestrategien 2050 des Bundes. Es erscheint der FDP-Fraktion richtig, die verfügbaren Mittel nicht verfrüht zu verplanen, sondern sie zukünftig verstärkt auf die Ziele des Bundes auszurichten. Es ist somit vernünftig, unser Konzept erst zu jenem Zeitpunkt anzupassen, an welchem der Bund seine Strategie definitiv festgelegt hat und diese Pläne umgesetzt werden können.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer**: Ihre Anregungen und Vorschläge nehme ich dankend zur Kenntnis und verweise auf die ausführliche, schriftliche Antwort des Regierungsrates, welche meiner Meinung nach alle gestellten Fragen erschöpfend beantwortet. Die pauschale Kritik von Kantonsrat Klemenz Somm an der Antwort des Regierungsrates halte ich dementsprechend nicht für gerechtfertigt. Der Auftrag, diesen Zwischenbericht erstellen zu lassen, haben wir von der GfK erhalten, an welche wir in Folge auch das Resultat abliefern. Mit "geheimer Politik" hat das nichts zu tun. Auf Wunsch händige ich den Bericht zum jetzigen Zeitpunkt aus. Sollten meine drei hier vorhandenen Exemplare nicht genügen, wäre ich um Nachschub besorgt. Da die GfK die Position unserer Auftraggeberin inne hatte, war sie auch die Adressatin des Zwischenberichtes. Wer den Bericht telefonisch anforderte, hat ihn bestimmt auch zugestellt erhalten. Es ist möglich, dass eine Sekretärin vielleicht nicht sofort wusste, ob es sich um einen vertraulichen Bericht handelte, der allenfalls nicht zugestellt werden dürfte. In einem solchen Fall darf der Mitarbeiterin nicht zum Vorwurf gemacht werden, Rücksprache mit dem Chef genommen zu haben. Im Geschäftsbericht geben wir jedes Jahr Auskunft über die Ergebnisse, Erfolge und vielleicht auch Misserfolge in der Energiepolitik. Wir sind um eine umfassende Informationspolitik bemüht und haben keinen Grund, irgendetwas geheim zu halten. Über das Volumen unserer Tätigkeiten im Bereich erneuerbarer Energien kann man unterschiedlicher Meinung sein. Während einige finden, es müsse noch viel mehr unternommen werden, denken andere, dass bereits jetzt zu viel investiert wurde. Der Regierungsrat versucht, den besten Weg zu finden, wobei kein anderer Kanton so viel Geld pro Einwohner in die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz investiert wie der Kanton Thurgau. Der Regierungsrat hat aber auch anderen Staatszielen Beachtung zu schenken. Der Grosse Rat plädiert oft dafür, die Staatsausgaben nicht weiter wachsen zu lassen und die Anzahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Kanton möglichst konstant zu halten. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als aus solchen Sachzwängen die bestmögliche Lösung zu ziehen. Ich danke für die Ermutigung, in unseren Anstrengungen nicht zu erlahmen und das innere Feuer zu behalten oder neu zu erwecken. In keinem anderen Sachbereich habe ich in den letzten Jahren derart viel Zeit investiert wie in den Energiebereich. Auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeigen sich sehr engagiert und arbeiten mit viel Eifer, Interesse und Sachkenntnis an den energiepolitischen Fragen und der Umsetzung von gesteckten Zielen. Zur Frage von Kantonsrat Toni Kappeler bezüglich der beauftragten externen Firma: Wir haben von dieser Firma einen Entwurf für einen ausführlichen Zwischenbericht erhalten, der aber weder formal noch inhaltlich zu befriedigen wusste. Deshalb habe ich aufgrund dieses Entwurfs, der als Grundlage dienen konnte, die Abteilung Energie beauftragt, den Zwischenbericht zu erstellen. Hätten wir die externe Firma beauftragt, ihren Entwurf zu überarbeiten, wäre meiner Meinung nach zu viel Zeit und Geld verloren gegangen. Aufgrund der gegebenen Verhältnissen empfand ich dieses Vorgehen als die beste Lösung. Zur Frage 6: Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es verfehlt, neue Zwischenziele zu definieren. Im Jahr 2008 haben

wir beschlossen, dass die aktuellen Zwischenziele bis 2015 gelten. Es handelt sich dabei um fünf Zielsetzungen: 1. Der Verbrauch fossiler Energien in Gebäuden und in Industrie, Gewerbe, Dienstleistung und Infrastruktur soll im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2000 um 15 % gesunken sein. Diesbezüglich sind wir auf einem guten Weg, wobei das Ergebnis mit vertretbarem Aufwand aber kaum messbar ist. 2. Der Verbrauch fossiler Energien im Verkehr soll im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2000 um 5 % abgenommen haben. Auch diesbezüglich existiert keine kantonale Statistik. Aber aufgrund der Zahlen, welche wir vom Bund kennen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir dieses Ziel vermutlich nicht erreichen werden. 3. Der Verbrauch von Elektrizität soll im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2000 um weniger als 5 % zunehmen. Auch hier müssen wir uns vermutlich eingestehen, dass das Erreichen dieses Ziels nicht realistisch ist. Zu bemerken ist jedoch, dass wir im Rahmen des "Konzeptes für einen Thurgauer Strommix ohne Atom" in diesem Bereich tätig sind. Vielleicht werden sich noch neue Ideen und weitere Schritte ergeben. 4. Die Produktion der erneuerbaren Energien soll im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2000 zusätzliche 4,5 % des Wärmebedarfs und zusätzliche 1,5 % des gesamten Strombedarfs ausmachen. Dieses Ziel werden wir vermutlich sogar übertreffen. 5. Der Bedarf an nicht erneuerbaren Energien in kantonalen Gebäuden soll jährlich um 1,5 % gesenkt werden. Aufgrund der vorhandenen Angaben sind wir zuversichtlich, dass wir dieses Ziel erreichen werden. Wir haben es hier also mit einem durchsetzten Ergebnis zu tun. Die Ziele für das Jahr 2015 sind aktuell noch gültig und in Kürze wird die Energiepolitik 2050 des Bundes veröffentlicht. Es wäre meines Erachtens kurzsichtig, neue Ziele zu definieren ohne die Strategie des Bundes zu kennen. Wissen wir um die Politik des Bundes, besteht die Möglichkeit, die kantonale Energiepolitik mit der Bundesstrategie abzugleichen und im Jahr 2015 auf solider Basis neue Zwischenziele festzulegen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.